

# Neues Arbeitsgesetz - Was wir wissen müssen

Die Regierung der Νέα Δημοκρατία setzt den unkontrollierten Prozess der Einreichung und Verabschiedung von Gesetzesentwürfen inmitten einer Pandemie fort, während sie das öffentliche Gesundheitssystem ohne das notwendige Personal, die Infrastruktur und die Intensivstation, die Arbeitnehmer:innen am Arbeitsplatz ungeschützt und die ungeschützten Personen verlassen hat Appetit der Arbeitgeber:innen, während sie versucht, ihre Politik durch Unterdrückung durchzusetzen und angeblich aus gesundheitlichen Gründen zu verbieten. Diesmal bereitet sie sich darauf vor, eine weitere wichtige Rolle zu spielen, indem sie das gewerkschaftsfeindliche Gesetz, das sie seit Herbst plant, zusammen mit der Debatte über die Festlegung des Mindestlohns zur Abstimmung bringt. Besessen von hartnäckigen konservativen Ideen,

Ziel des Gesetzesentwurfs ist es, eine umfassende Anstrengung zur Reorganisation der Arbeit zu perfektionieren, die während der Memorandum-Periode eingeleitet wurde, während der SYRIZA-Regel (trotz des berüchtigten "Ausstiegs aus den Memoranden") intensiviert wurde und nun unter dem Vorwand der Cov-19 Pandemie wiederbelebt wird. Es scheint, dass für die Regierung und die Arbeitgeber:innen das, was die Arbeitnehmer:innen bereits durch Lohnquetschung, mangelnde Aussichten, erzwungene Einwanderung, Einschränkung der Gewerkschaftsfreiheiten / -rechte, unbezahlte Überstunden usw. erleben, nicht ausreicht!

Durch die Gesetzesvorlage werden im Wesentlichen zwei wichtige Schläge auf das Leben der Arbeitnehmer:innen ausgeübt:

1. Die Legalisierung (bereits bestehender) unbezahlter Überstunden und die institutionelle Abschaffung des 8 Stunden Tages.
2. Die gezielte und erstickende Reduzierung der radikalen Praktiken der Arbeiter:innenbewegung und des Streiks.

## Die Abschaffung des 8 Stunden Tages

Die Gesetzesentwurf ist ein Versuch, die festen Arbeitszeiten (8 Stunden pro Tag / 40 Stunden pro Woche) schamlos abzuschaffen und die Arbeit flexibler zu gestalten, indem Überstunden und Pausen ausgeglichen werden. Wie es heißt: "Unter bestimmten Bedingungen können Unternehmen Mitarbeiter:innen für maximal 10 Stunden pro Tag ohne zusätzliche Vergütung beschäftigen, wenn sie innerhalb der gleichen 6 Monate die Stunden mit einer entsprechenden Reduzierung von Stunden oder freien Tagen oder Tagen bezahlen aus." Der Punkt hinter den gesetzlichen Bestimmungen ist, dass diese Bestimmung einen vollständig "rechtlichen" Rahmen bildet, in dem ein:e Mitarbeiter:in keinen Anspruch auf Überstundenvergütung hat, sondern bei einer Arbeitszeit von bis zu 10 Stunden pro Tag nur 8 Stunden bezahlt wird! Außerdem wird das System der "digitalen Stunden" mit der Anwendung der elektronischen Karte der Arbeitnehmer:innen eingeführt, mit der die Arbeitgeber:innen die Arbeit intensivieren und die Pausen für Lebensmittel, Toiletten usw. begrenzen kann. Das Arbeiten an Feiertage kommt zusätzlich auf die lange Liste von Unternehmen und Jobs, die bereits sonntags arbeiten erlaubt.

Der Gesetzesentwurf belohnt mehrere Fälle von Klassenbetrug seitens der Arbeitgeber:innen. Zunächst wird der Abschluss einer "Vereinbarung" zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen über den Zeitplan belohnt, da sich die beiden Parteien nun auf 10 Arbeitsstunden pro Tag "einigen" können. In diesem Fall besteht die einzige Verpflichtung der Arbeitgeber:innen darin, mehr Urlaub und Pausen zu gewähren.

Noch schlimmer wird es, wenn wir die "Notfälle" betrachten, in denen die Arbeitgeber:in oder das Unternehmen verbesserte Arbeit benötigt. In diesen Fällen unterliegt der Mitarbeiter:innen unbezahlten Überstunden (plus 2 Stunden pro Tag, basierend auf dem Entwurf), diesmal jedoch für 5 Arbeitstage. Das heißt, eine Woche, zwei Wochen, ein Monat - oder wie vom Management angeordnet - arbeitet die Mitarbeiter:in 5 Tage die Woche und 10 Stunden am Tag. Die gesetzliche "Belohnung" der Mitarbeiter:in ist (normalerweise) mehr freie Tage oder zusätzliche Pause, aber keine Gehaltserhöhung.

Der Versuch, Streiks niederzuschlagen

Die Gesetzesvorlage, die gleichzeitig gegen die 8 Stundenregelung verstößt, versucht, die Abschaffung von Streiks und die Mobilisierung von Gewerkschaften ins Visier zu nehmen und im Wesentlichen zu verhindern. Jeder Versuch, einen Widerstand zu bilden, könnte illegal sein, wenn er als radikal angesehen wird oder "psychologische Gewalt anwendet". Das heißt, die Arbeitgeber:innen können den Streik jederzeit verbieten, während auf diese Weise die Bewachung des Streiks und die Besetzung von Arbeitsplätzen verboten ist! Es ist auch geplant, einen Streikmechanismus mit dem Mantel des Sicherheitspersonals in "lebenswichtigen Bereichen" zu schaffen, der 40% der Beschäftigten erreichen wird.

Gleichzeitig ist die Erstellung einer elektronischen Akte für alle Gewerkschaftsmitglieder eine Voraussetzung für die Ausübung der Gewerkschaftsrechte. Wenn ein Mitglied, das dies wünscht, keine Fernbeteiligung an der Generalversammlung und keine Abstimmung erhält, wird der Streik stattfinden als illegal angesehen.

Die oben genannten Bestimmungen dienen dazu, die niedrigeren Streiks der Gewerkschaften, die Mobilisierungen von kollektiven Körperschaften, Kollektiven usw. zu fotografieren, dh diejenigen, die normalerweise das größte Problem für die Arbeitgeber:innen darstellen. Die Kriminalisierung der radikalen, militanten Praktiken der Arbeiter:innenbewegung, dh derjenigen, die historisch das einzige Hindernis in der "Achterbahn" der Reformen gegen die Bevölkerung waren, ist ein ständiges Ziel des bürgerlichen Staates und des bürgerlichen Kapitals. Die Gesetzesvorlage versucht geschickt, die militanten Primärgewerkschaften und die Arbeitskollektive zu verbieten, und reduziert die ausverkaufte GSEE - ADEDY auf einen einzigen Vertreter der Arbeiter:innenbewegung.

Tarifverhandlungen und andere Bestimmungen

Neben der strengen Einschränkung der Möglichkeit, einen Streik zu erklären, aber auch der Kriminalisierung anderer kollektiver Ansprüche (Besetzen von Arbeitsplätzen, Ausschluss von Arbeitsplätzen zur Bewachung von Streiks usw.) erschwert der Gesetzentwurf den Vermittlungsprozess noch mehr Arbeitskämpfe. Indikativ: Das Recht auf Tarifverhandlungen und die Unterzeichnung von BCC hat nur die Arbeitnehmer:innenorganisationen, die in den legalisierten digitalen Registern registriert sind (dh die Gewerkschaften, die zugestimmt haben, alle ihre Mitglieder elektronisch einzureichen) wird die Beilegung kollektiver Streitigkeiten aus den Arbeitsaufsichtsbehörden entfernt und der OMED (Mediation and Arbitration Organization)

zugewiesen, wodurch die Möglichkeit einer EU-Verurteilung zunichte gemacht wird. an die Arbeitgeber:innen, welche (wie so oft) von einem Verband oder einem Arbeitnehmer:in gekündigt wurde und OMED zum Vermittler für die "Versöhnung" mit den Wünschen der Unternehmensgruppen macht.

### Konsolidierung und Ausbau der Online-Arbeit

Der Gesetzentwurf enthält auch den neuen Rahmen für den Ausbau der Online-Arbeit. Die Arbeitnehmer:innen müssen den Vorschlag der Arbeitgeber:innen für Online-Arbeit annehmen, wenn ein schwerwiegender Grund angegeben wird. Die Institutionalisierung der Online-Arbeit (die ihre Konsolidierung auch nach der Pandemie voraussetzt) ohne die Existenz eines rechtlichen Rahmens zum Schutz der Arbeitnehmer:innen steht in keinem Zusammenhang mit der oben beschriebenen Verlängerung der Arbeitszeit, der Überarbeitszeit und der unbezahlten Überstunden.

### Wir sind Arbeiter:innen und keine Sklaven

Abgesehen von dem klaren ideologischen Zeichen der Gesetzesvorlage wird in der Regel die gesetzliche Garantie für Willkür und Gier der Arbeitgeber:innen erreicht, wie wir sie seit so vielen Jahren erleben. Die rechtliche Deckung von Klassenungerechtigkeit ist eine Überschneidung, da sie dem Arbeitnehmer:innen das Recht auf Anspruch entzieht.

Es ist Zeit für die Arbeiter:innen, die Arbeitslosen, die Jugend, der wachsenden Verletzung ihrer Rechte und Freiheiten ein Ende zu setzen. Die vom Stadtblock vertretene Doktrin "Alles für Arbeitgeber:innen und nichts für Arbeitnehmer:innen" führt im wirklichen Leben (wie die Geschichte zeigt) zur allgemeinen Verarmung der Arbeitnehmer:innen, zur weiteren Verarmung der Menschen und ihrer Umwandlung in moderne Sklaven. Diese Gesetzesvorlage ist ein erster "Vorgeschmack" auf die von der Regierung angekündigten Investitionen und "die Strukturreformen, die zur Änderung der Mentalität beitragen". Auch die Erhöhung der Arbeitszeit wird nicht nur zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen, sondern im Gegenteil zu mehr Entlassungen und Personalabbau.

Die Arbeiter:innenbewegung hat keine andere Wahl, als aus der Trägheit herauszukommen, in die sie mit den Hauptaufgaben von GSEE - ADEDY gesunken ist. Das Gesetz wird weder im Parlament aufgehoben, noch werden die Kommunikationsstreitigkeiten von SYRIZA die Arbeiter:innenkämpfe verstärken. Die Rücknahme des Gesetzes wird nur durch militante Aktionen und Koordination erreicht, einerseits durch die primären Gewerkschaften und die Arbeiter:innen selbst durch die Generalversammlungen und die Kampfkomitees, wo es keine Gewerkschaften gibt, und andererseits durch die Initiativen der Arbeitslose und prekäre Arbeitnehmer:innen, und wir wollen auch in diese Richtung einen Beitrag leisten. Gleichzeitig sollte der Rahmen der Ansprüche keine verteidigungsbezogenen Forderungen enthalten, dh einfach die Abtreibung des Arbeitsministeriums nicht bestehen. Stattdessen muss es auf die allgemeine Beschäftigungspolitik von Regierung und EU abzielen und dauerhafte und stabile arbeitsfreie, gesundheitsfördernde Freiheiten fordern. Schließlich muss die Arbeiter:innenbewegung die schärfsten Mittel des Kampfes einsetzen, und aus diesem Grund ist die Ankündigung von Massen- und kontinuierlichen Streiks, um die Gesetzesvorlage zu stürzen, und jede Anti-Arbeits-Politik der einzige Weg.



Quelle: attack greece 06.05.2021 Νέο Εργασιακό Νομοσχέδιο | Όσα Πρέπει να Γνωρίζουμε

<https://attack.org.gr/%CE%BD%CE%AD%CE%BF-%CE%B5%CF%81%CE%B3%CE%B1%CE%83%CE%B9%CE%B1%CE%BA%CF%8C-%CE%BD%CE%BF%CE%BC%CE%BF%CF%83%CF%87%CE%AD%CE%B4%CE%B9%CE%BF-%CF%8C%CF%83%CE%B1-%CF%80%CF%81%CE%AD%CF%80%CE%B5%CE%B9-%CE%BD/> Stand: 06.05.2021 20:05